

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 646 pbbn d

Inhalt

41. Jahrgang / 211

4. November 1986

Karsten D. Voigt MdB zu den Auslassungen des Bundeskanzlers über Gorbatschow und Reykjavik: Stammtisch-Mentalität des deutschen Spießbürgers.

Seite 1

Annermarie Renger MdB zur 3. KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien: Resolutionen sind genug gewechselt.

Seite 3

Egon Lutz MdB zu den Arbeitslosenzahlen für Oktober 1986: Der Beginn der Talfahrt.

Seite 4

Hans-Ulrich Klose MdB zum Menschenrechtskongreß der CDU: Wahlkampf im Sinn, nicht Hilfe für Betroffene.

Seite 6

Stammtisch-Mentalität des deutschen Spießbürgers

Zu den Auslassungen des Bundeskanzlers über Gorbatschow und Reykjavik

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Das Geschichtsbewußtsein Helmut Kohls entspricht der ahistorischen Stammtisch-Mentalität des deutschen Spießbürgertums. Er stolpert wegen seines unklaren Verständnisses der Konsequenzen der nationalsozialistischen Vergangenheit immer wieder in politische Fettnäpchen. Seine historischen Ausrutscher sind nicht Zufall. Sie haben Methode: Es ist die Methode der Verharmlosung und Verschleierung der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit.

Nach seinem Gerede von der Gnade der späten Geburt Israels, seinem in Bezug auf die deutsch-polnische Aussöhnung instinktlosen Auftreten vor den Vertriebenenverbänden, seinem peinlichen Bitburg-Spektakel, seiner Wahlhilfe für den von seiner Vergangenheit eingeholten österreichischen Konservativen Waldheim hat der Bundeskanzler mit seinem bösen Goebbels-Vergleich erneut für Schlagzeilen gesorgt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 06

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemüller Umwelt
mit umweltfreundlichen
Recycling-Papier



Zwei Wochen hat es gedauert, bis dem Kanzler einfiel, daß er den Vergleich des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow mit Goebbels in dieser Form eigentlich gar nicht gewollt und gemacht hat. Es bedurfte schon einigen Drucks von außen, um das Gedächtnis des Blackout-Kanzlers aufzufrischen. Nach einigen taktischen Winkelzügen folgt jetzt ein flaes Dementi. Richtig zurück nimmt der Bundeskanzler wieder einmal nichts. Er habe den sowjetischen Generalsekretär nicht beleidigen wollen, es tue ihm leid, wenn dieser falsche Eindruck entstanden sei. Früher habe es schon schlimmere Vergleiche gegeben. Das amerikanische Magazin „Newsweek“ habe einen Halbsatz in unzulässiger Weise hinzugefügt (als ob sich dadurch etwas im Tenor geändert habe!). Die SPD spiele die Sache hoch. So und ähnlich lauten die Verharmlosungen des Kanzlers und seiner Umgebung.

Daß es sich auch bei den jüngsten Bemerkungen des Kanzlers keineswegs um einen Ausrutscher handelt, beweist seine Liebe zum unpassenden historischen Vergleich. Wenn der Bundeskanzler zur gleichen Zeit beispielsweise den Gipfel von Reykjavik mit dem Gipfel 1938 in München vergleicht, so unterstreicht er damit nicht nur sein mangelndes Verständnis historischer Zusammenhänge. Er verharmlost auch nicht minder die Verbrechen der Nazi-Zeit. Seine Entgleisungen bei der Wahl des historischen Vergleichs sind jedoch nicht einmal mit der Gnade der späten Geburt zu entschuldigen.

Es stimmt auch bedenklich, daß der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland offensichtlich nicht über ausreichend qualifizierte Mitarbeiter verfügt, die ihn vor seinen verbalen Entgleisungen schützen oder zumindest den entstandenen Schaden unverzüglich eingrenzen. Hier rächt sich die Vorliebe des Kanzlers, sich mit Ja-Sagern und „verdienten“ Parteimitstreitern zu umgeben.

Festzuhalten bleibt: Der für die Wahrung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland zuständige Kanzler hat durch seinen unpassenden Vergleich unserem Land schweren Schaden zugefügt. Die SPD hat den Bundeskanzler aufgefordert, seinen unerträglichen Vergleich zurückzunehmen und sich bei dem sowjetischen Generalsekretär zu entschuldigen. Nur so kann der Schaden für das Ansehen und die Außenpolitik unseres Landes begrenzt werden.

(-/4.11.1986/rs/ks)

* * *



Resolutionen sind genug gewechselt

Das 3. KSZE-Nachfolgetreffen muß konkrete Resultate für den humanitären Bereich bringen

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Heute, am 4. November, beginnt in Wien das 3. Nachfolgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Gegenstand der Beratungen werden Fragen der Sicherheit, der Festigung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West und der humanitären Hilfe sein. Gerade über den letzten Punkt ist zwar viel geredet worden, an konkreten Ergebnissen fehlt es jedoch bisher. Parallel zum KSZE-Nachfolgetreffen tagt deshalb in Wien die International Helsinki Federation for Human Rights. Als Vorsitzende der bundesdeutschen Sektion des Helsinki-Menschenrechtskomitees weise ich noch einmal auf die entscheidende Bedeutung der Menschenrechtsfragen auch für den KSZE-Prozeß, der häufig nur unter dem Gesichtspunkt der Abrüstung gesehen wird, hin.

Es ist zu hoffen, daß das neuerliche Treffen in Hinblick auf die humanitären Fragen den Erwartungen entsprechen wird, die in der Schlußresolution der VI. Konferenz über europäische Zusammenarbeit und Sicherheit vom Mai dieses Jahres in Bonn zum Ausdruck gekommen sind. Positive Ergebnisse müssen vor allem die Gespräche über die Probleme der Familienzusammenführung, der Aussiedler und der Besuchsregelungen erbringen. Weitere Hauptpunkte stellen die Verbesserung der Informationsmöglichkeiten aus gedruckten Medien, die Gewährleistung der privaten Kommunikation über Post und Telefon, Erleichterungen für Wanderarbeitnehmer in den Aufnahmeländern, der Schutz kultureller Rechte von nationalen Minderheiten und der Religionsfreiheit dar.

In engem Zusammenhang damit stehen konkrete Einzelforderungen, allen voran diejenige nach einer dem Geist der KSZE-Schlußakte nicht widersprechenden Behandlung solcher Bürger, die um die Ausreise in andere Staaten nachsuchen, wie auch die Forderung nach einem Abbau bürokratischer und finanzieller Hindernisse für Ausreisewillige. Der Genuß der Freizügigkeit darf nicht von Geldzahlungen abhängig gemacht werden. Auch müssen die Möglichkeiten von Verwandtenbesuchen verbessert werden. Vor allem die Bedingungen für eine Ausreise in dringenden Familienangelegenheiten bedürfen einer Klarstellung. Durch die Veröffentlichung aller Rechtsvorschriften über Reisen ins Ausland muß ein Mindestmaß an Rechtssicherheit geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang sollte die Delegation der Bundesrepublik Deutschland noch einmal deutlich machen, daß Verhaftung und Verfolgung von Personen, die für die Einhaltung der Menschenrechte im Sinne der KSZE-Akte eintreten, eine grobe Verletzung des Geistes von Helsinki darstellen. Die Forderung muß lauten, daß die Tätigkeit solcher Gruppen und Einzelpersonen staatlicherseits anerkannt wird. Die Freilassung Jurii Orlovs ist ein vernünftiger Schritt in die richtige Richtung. Es ist zu hoffen, daß ihm weitere Taten folgen. Darüber hinaus sollten ein Berichtssystem ähnlich demjenigen der Menschenrechtsorgane der Vereinten Nationen und die Möglichkeit, vor Ort Untersuchungen durchführen zu lassen, erörtert werden. Dies setzt voraus, daß die Rüge von Menschenrechtsverletzungen nicht mehr als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates betrachtet wird.

Resolutionen sind genug gewechselt. Nur wenn am Ende des Treffens konkrete Resultate auch in den humanitären Fragen erreicht sind, wird es als ein Erfolg angesehen werden können.

(-/4.11.1986/rs/ks)

* * *

Der Beginn der Talfahrt

Bemerkungen zu den Arbeitslosenzahlen für Oktober 1986

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Für den Oktober 1986 meldet die Nürnberger Bundesanstalt 2,026 Millionen Arbeitslose - im Vergleich zum Vormonat ist das eine geradezu lächerliche Abnahme von 19.830 oder ein Prozent!

Damit ist endgültig die Unglaubwürdigkeit des von dieser Regierung zur Schau getragenen Optimismus belegt. Die Exportaufträge gehen zurück, die Inlandsnachfrage kommt nicht ausreichend in Gang. Jetzt wird deutlich, daß sich die Konjunktur langsam aber sicher auf Talfahrt begibt. Und die Regierung der Rechtskoalition hat die Chance verpaßt, angesichts besserer Wirtschaftsdaten die Massenarbeitslosigkeit abzubauen.

Fiel bei den Arbeitsmarktzahlen für den Monat September bereits die besorgniserregende Zunahme der Kurzarbeiterzahlen um 134 Prozent auf, so meldet die Bundesanstalt für den Oktober abermals eine Zunahme um 55.000 auf insgesamt 235.000 Kurzarbeiter. Angesichts des überwiegend schönen Oktoberwetters scheidet also diesmal der übliche Hinweis auf das Wetter als Erklärung aus. Auch der Hinweis auf den großen Anteil des Steinkohlebergbaus an der Kurzarbeiterzahl vermag die Größenordnung nicht zu erklären. Dies sind vielmehr deutliche Indikatoren dafür, daß die fehlenden Auftragseingänge insbesondere bei der exportorientierten Industrie bereits auf den Arbeitsmarkt durchschlagen.

Angesichts dieser Entwicklung bringt man wenig Verständnis für den Kommentar von Heinrich Franke auf, der auch für den Oktober wieder meint feststellen zu können: „Auf dem Arbeitsmarkt geht es weiterhin leicht aufwärts“. Dann im gleichen Atemzug muß er zugeben, daß die arbeitsmarktpolitische Entwicklung sich vor allem zu ungunsten der Investitionsgüterindustrie abzeichnet.

Auch muß man - wie in den letzten Monaten verstärkt - im Oktober wieder darauf hinweisen, daß an beruflichen Förderungsmaßnahmen fast eine viertel Million teilnahm und daß der Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen noch einmal 113.000 Arbeitslose auffängt. Berücksichtigt man hierzu noch die 41.000 ältere Arbeitslose, die von der Möglichkeit des Paragraph 105 c AFG Gebrauch machen, so muß auch im Oktober wieder die von der Bundesanstalt ausgewiesene Arbeitslosenzahl um rund 400.000 nach oben gerechnet werden.



Daß sich unter dem Strich nichts wirklich am Arbeitsmarkt tut, belegt die folgende Zahl: Im Berichtsmonat meldeten sich 302.600 Arbeitnehmer neu arbeitslos und 322.400 Personen beendeten ihre Arbeitslosigkeit. Saldiert man diese beiden Zahlen, so wird deutlich: Mehr als äußerstenfalls Stagnation tut sich am Arbeitsmarkt auch zu Herbstbeginn des vierten Aufschwungjahres nicht. Und nach wie vor sind es die gleichen Gruppen, die besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Zwar zeigt die nackte Statistik bei den Jugendlichen unter 20 Jahren eine Abnahme von 15.000 Arbeitslosen, desto schlimmer ist dann aber der Umstand, daß die Zahl der Arbeitslosmeldungen von Personen, die zuvor in betrieblichen Ausbildungen standen, sogar leicht zugenommen hat.

Werfen wir noch einen genaueren Blick auf den Sektor der Kurzarbeit. Von den 235.000 Kurzarbeitern beläuft sich der Anteil, so die Bundesanstalt, des Bergbaus auf 82.000; ein Drittel der Oktober neu hinzugekommenen Kurzarbeiter von 55.000 entfällt auf den Steinkohlebergbau. Das heißt, daß bei anderen Industrien inzwischen bereits 153.000 Kurzarbeiter existieren. Allein in der Stahlindustrie ist das im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von über 23.000. Im Maschinenbau eine Zunahme von 14.000 und in der Elektrotechnik sind es 8.500 mehr Kurzarbeiter als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Dies sind für wahr mehr als alarmierende Zahlen, weisen sie doch darauf hin, daß die Auftragsbücher in diesen Branchen bereits jetzt nur unzureichend gefüllt sind.

Noch eine andere Entwicklung ist aus diesen Zahlen abzulesen, nämlich die bereits seit einiger Zeit sich abzeichnende Entwicklung des Arbeitsplatzabbaus im gewerblichen Bereich und des Trends hin zu den Angestelltenberufen, verstärkt also zum Dienstleistungssektor.

Trotz der langsamen Abnahme des Arbeitslosenstandes der Frauen ist mit knapp einer Million die Zahl hier nach wie vor unverhältnismäßig hoch, das gleiche gilt für die Ausländer, deren Zahl auch im Oktober wieder wuchs und fast eine viertel Million beträgt. Nach wie vor besorgniserregend ist die Situation der Schwerbehinderten. Wenngleich hier für den Monat Oktober nur eine leichte Zunahme zu verzeichnen ist, so sind über 120.000 arbeitslose Schwerbehinderte ein Makel für ein Land, das in wirtschaftlicher Blüte steht und die soziale Fürsorge gerade für die Ärmsten und Schwächsten auf seine Fahnen geschrieben hat.

Auch im Oktober des vierten Aufschwungjahres klingen die stereotyp wiederholten Versprechungen von Kohl, Blum und Bangemann nicht glaubhafter. Wir fragen angesichts einer Zahl von nach wie vor über zwei Millionen Arbeitslosen: Wo bleiben die Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen, die diese Regierung angeblich Jahr für Jahr schaffen wollte? (4.11.1986/rs/ks)

* * *



Wahlkampf im Sinn, nicht Hilfe für BetroffeneAnmerkungen zum Menschenrechtskongreß der CDU

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Der Kongreß ist trotz des medienwirksamen Auftretens des Bundeskanzlers nicht der Erfolg geworden, den sich Heiner Geißler erhoffte. Für uns Sozialdemokraten ist wichtig, was ein lateinamerikanischer Gesprächspartner dem Kongreß bekannte: Von Menschenrechten verstehen Sozialdemokraten und die Sozialistische Internationale mehr. Heiner Geißler sollte deshalb seine Partei nicht zu einem Schaulaufen um Menschenrechte animieren.

Im übrigen gilt: Wer zu Hause menschenrechtsverachtende Debatten gegen Ausländer und Asylbewerber lostritt, sollte auf Menschenrechtstourismus nach Art von Herrn Geißler verzichten; wer nur mit Zynismus auf die stagnierende Zahl von Arbeitslosen reagiert, sollte nicht über die Not der Welt klagen. Wer seine Menschenrechtspolitik wie es die CDU/CSU tut, danach einrichtet, daß sie nicht mit der Exportpolitik von Konzernzentralen in Kollision gerät, sollte sich nicht als Verteidiger der Menschenrechte feiern lassen.

Es ist deshalb nicht ohne haut-gout, wenn ausgerechnet der amtierende Bundeskanzler mit der Behauptung, Menschenrechte seien Fundament und Aufgabe christlich-demokratischer Politik, den Menschenrechtskongreß eröffnet hat. Einen Menschenrechtskongreß, auf dem beispielsweise über Südafrika geredet worden ist. Denn dieser Bundeskanzler Kohl ist einer der wenigen europäischen Regenten, die sich dagegen stark gemacht haben, Südafrika durch Sanktionen zur Abschaffung der Apartheid zu zwingen. Kohl wird so mitschuldig an Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung Botha. Das gilt auch für die Nachgiebigkeit gegenüber dem Terrorismus der syrischen Regierung.

Es überrascht nicht, daß auf dem Kongreß die lateinamerikanischen Partner der CDU vorgeführt worden sind, zum Teil waren sie auf dem letztjährigen Menschenrechtskongreß im Adenauerhaus (was nicht auf große Vielfalt hindeutet). Daß gerade die CD-Vertreter aus Guatemala und El Salvador präsentiert werden, ist bemerkenswert: soll doch hier der Eindruck vermittelt werden, der christdemokratische Weg sei die Zauberformel für Lateinamerika. Zweifel sind angebracht: Präsident Duarte in El Salvador hat die bei seinem Amtsantritt vor drei Jahren zugesagten gesellschaftlichen Reformen kaum vorangebracht - sie sind die Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft; die schweren Menschenrechtsverletzungen haben nicht abgenommen.

Das Menschenrechtsinstitut der Katholischen Universität San Salvador legt soeben für den Zeitraum von September 1985 bis August 1986 eine Dokumentation über 114 Fälle von Verschwinden und illegaler Verhaftung vor. Wir hätten es begrüßt, wenn Heiner Geißler seinen Gast Morales Ehrlich hiernach befragt und ihn auch auf die Verhaftung des Gewerkschaftsfunktionärs Rafale Vasquez angesprochen hätte.

Problematisch ist auch der Antrag des Gastes der CDU aus Guatemala gewesen. Wir glauben, daß Präsident Cerezo sich um eine Verbesserung der Lage bemüht. Bisher ist es ihm nicht gelungen, die Einhaltung der Menschenrechte durchzusetzen. Wenn er erklärt, der Regierung seien nach seinem Amtsantritt nur zwei Fälle bekannt geworden, die auf eine Verwicklung von staatlichen Funktionären in Menschenrechtsverletzungen hindeuten, dann muß er wissen, daß diese Erklärung in einem krassen Gegensatz zu der unverändert schlimmen Lage in Guatemala steht.

Als Heiner Geißler seine Menschenrechtsmission nach Chile gefeiert hat, hat er den Gästen des Menschenrechtskongresses nicht erläutert, warum es dem Vorsitzenden der christdemokratischen Gewerkschaft Chiles, Eduardo Rios Añas, bei Geißlers Besuch nicht gelungen war ein Gespräch mit ihm zu bekommen. Gerade dies legt den Verdacht nahe, daß die Menschenrechtsaktivitäten der Union weniger den Betroffenen, denn der Selbstdarstellung beziehungsweise dem Wahlkampf dienen sollen.

(-/4.11.1986/rs/ks)

* * *

